

Was ist Politikern wichtig?

Von Petra Hase

Greifswald. Für die einen wäre es ein neuer Kinderspielplatz, für die anderen ein großes Dinner mit Musik zum Kennenlernen und Gedankenaustausch und wiederum andere würden gern ein Projekt im Bürgerhafen, die Senioren oder das Frauenhaus unterstützen, stünden ihnen 10 000 Euro für ein Projekt ihrer Wahl zur freien Verfügung.

All das verdeutlicht: Ideen gibt es bei den Parteien und Wählergruppen reichlich, wie Geld im Bereich Bildung und Soziales sinnvolle Verwendung finden kann. Doch in der

parteilichen Arbeit der Bürgerschaft zeigt sich immer wieder: Nicht für alle guten Ideen und Wünsche ist genügend Geld in der Stadtkasse. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt, muss mit guten Argumenten um Mehrheiten bei Entscheidungen in den Fachgremien und in der Bürgerschaft gerungen werden. Wichtiges Streitthema war in der zu Ende gehenden Legislatur der bezahlbare Wohnraum. Und es ist klar: die Mietenproblematik bleibt auch in den nächsten Jahren ein Thema. Doch wie sehen das die Kandidaten der hiesigen Parteien und Wählergruppen?

Welche Schwerpunkte setzen sie, wenn es um Kinderbetreuung und Schulen in Greifswald geht? Wollen sie Sport- und andere Vereine in der Stadt stärker fördern oder sind sie der Meinung, dass auf diesem Gebiet ausreichend getan wird? Sind Kleingärten wichtig oder eher nicht?

Viele Fragen, viele Antworten. In der heutigen Ausgabe geben Vertreter aller zur Wahl am 26. Mai an tretenden Parteien und Wählergruppen Auskunft. Weitere Folgen, unter anderem zum Thema Wirtschaft, werden sich im Monat Mai noch anschließen.



Kinder haben im Greifswalder Freizeitbad viel Spaß. Doch reicht die Schwimmhalle für eine Stadt wie Greifswald aus?

FOTO: PETER BINDER



Anica Jeske gibt die Antworten für die FDP. FOTO: FDP



Robert Gabel gibt die Antworten der Tierschutzpartei. FOTO: LUCAS TREISE



Luca Piwodda spricht für die Freiparlamentarische Allianz. FOTO: A. ZIEBARTH



Waldemar Rother spricht für die Kompetenz für Vorpommern. FOTO: PRIVAT



Ludwig Spring steht für die Bürgerliste Rede und Antwort. FOTO: P. BINDER



Gregor Kochhan spricht für die Alternativen Liste. FOTO: REIK ANTON

Viele Spielplätze können kleinkindgerechter gestaltet werden und eine Sportstrecke („Trimm-dich-Pfad“) entlang des Walls wäre ein tolles Projekt für den Betrag. Außerdem setzen wir uns einen Ausbau von Beleuchtung in den dunklen Ecken Greifswalds ein.

Der ambulante Kinder- und Jugendhospizdienst „Leuchtturm“ widmet sich der Betreuung und Pflege von Kindern und Jugendlichen mit lebensbegrenzenden Erkrankungen sowie der Begleitung und Unterstützung ihrer Familien. Der Förderverein des Kinderhospiz kann jede Spende gebrauchen, um die Hospiz-Arbeit zu leisten.

Die 10 000 Euro wären zwar nur eine Starthilfe, dennoch würden wir diese Summe für pädagogisch betreute Jugendclubs einsetzen, um die arbeitende Elternschaft zu unterstützen. Bei der Weiterentwicklung dieser Jugendzentren kann hierbei auch ein Ort der gelebten Integration entstehen, so dass Spannungen innerhalb der Bevölkerung abgebaut werden.

Wir würden den Betrag dem „Kindermittagstisch“ zur Verfügung stellen. Er sorgt mit Hilfe von Spenden dafür, dass Kinder, die von ihren Eltern, ohne Frühstück oder ein Mittagessen zu erhalten, in die Schule geschickt werden, versorgt werden. Es ist kaum zu glauben, es müssen ständig ca. 20-30 Kinder in Greifswald auf diese Weise versorgt werden. Mit dem Betrag könnte eine Versorgung für mindestens ein Jahr gewährleistet werden.

Wir geben das Geld für ein Projekt im Bürgerhafen, das die Begegnung der Generationen ermöglicht.

Wir würden zweimal ein großes Dinner mit Rahmenprogramm (Musik, Darbietungen) mit je 500 Menschen in der Stadthalle und in der Mehrzweckhalle veranstalten. Einladungen könnten und sollten nach dem Zufallsprinzip aus dem Melderegister erfolgen. Viele Menschen unterschiedlicher Milieus, ansonsten untereinander durch Sprachlosigkeit geprägt, können so zusammenkommen, miteinander reden und sich austauschen.

Das Kernproblem ist zu wenig Wohnraum. Greifswald braucht eine effiziente Bauverwaltung, die schnell und baubernerfreundlich ist. Dabei setzen die Freien Demokraten auf eine bevorzugte Bebauung innerstädtischer Baulücken. Außerdem kann die Ausweisung von neuen Baugebieten beschleunigt werden, indem politische Abstimmungsprozesse gestrafft werden.

Für uns ist bezahlbarer Wohnraum eines der wichtigsten Anliegen. Bei der Debatte, ob hierbei der marktkonforme Anreiz für Investoren oder die politische Verantwortung zur Gewährung moderater Mieten sowie Schaffung von Sozialwohnungen die bessere Lösung sei, halten wir ein stärkeres Gewicht auf die aktive politische Lösung für notwendig. Die Stadt kann bezahlbaren Wohnraum ermöglichen (B-Plan 55) und soll das auch umsetzen!

Die Mietpreise in den Großstädten zeigen das Versagen der Politikerinnen und Politiker in der Wohnungspolitik auf. Wir setzen uns für den sozialen Wohnungsbau ein, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Hierbei müssen schnelle Lösungen gefunden werden, denn Jahr für Jahr leiden Familien mit kleinen und mittleren Einkommen wie auch Studierende unter den Mietpreisen.

Regelungen zur Begrenzung der Miethöhe wie die „Mietpreisbremse“ lehnen wir ab. Die Gesetze stellen hohe Anforderungen an eine Erhöhung von Mieten bei bestehenden Mietverhältnissen und reichen aus. Eine Erhöhung des Wohnungsangebots würde zur Reduzierung von Mieten führen. Dafür müssen schneller neue Baugebiete ausgewiesen und auf Auflagen, die die Herstellungskosten und somit Mieten erhöhen, verzichtet werden.

Wir halten unsere starken kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen für die beste Sicherung gegen hohe Mieten. Durch die Ausweisung weiterer Flächen für den Bau von Eigenheimen, Doppel- und Reihenhäusern und die Förderung von Wohneigentum wird Druck vom Wohnungsmarkt genommen.

Vorrangiges Ziel müsste es sein, dass es keine Gewinnabführung der WVG an die Stadt mehr gibt. Dieses Geld soll und muss für bezahlbaren und sozialen Wohnungsneubau ausgegeben werden. Das Ziel dabei ist, mindestens 50 Prozent der gesamten Wohnungen der Stadt in kommunaler Hand zu haben, um der beunruhigenden Preisentwicklung gegensteuern zu können.

Die Wartelisten für Kitaplätze sind zu lang. Daher ist ein weiterer Ausbau in Arbeitsplatznähe der Eltern enorm wichtig.

Die Kinderfreundlichkeit unserer Stadt zu erhöhen, ist ein wichtiges Ziel, weil es ein wichtiger Standortfaktor ist. Neben dem möglichst zeitnah umgesetzten Wegfall der Gebühren für die Betreuung sollen die Betreuungsschlüssel verbessert werden. Die Anzahl der Betreuungsplätze muss ebenfalls dringend erhöht werden. Öffentliche Spielplätze müssen kindergerecht konzipiert, umfassend saniert und gepflegt werden.

Zuerst müssen die Kita-Beiträge abgeschafft werden, da diese Leistung des Staates bedingungslos sein muss. Außerdem machen wir uns für eine bessere Ganztagsbetreuung an Schulen stark. Um unsere Stadt langfristig attraktiv für junge Menschen zu gestalten, ist eine Prämie für zugezogene junge Familien notwendig. Zur Prämie soll ein Infoblatt zu allen staatlichen Betreuungsangeboten der Stadt als Orientierung gehören.

Greifswald ist bereits sehr attraktiv und hat im Vergleich mit dem Umland und anderen Städten in MV bereits ein sehr hohes Niveau. Die Frage impliziert, dass Greifswald unattraktiv wäre. Die Behauptung ist schlicht unrichtig. Wir müssen uns allerdings bemühen, das bereits vorhandene Niveau zu halten und auch in Spielplätze und Sportstätten investieren. Greifswald steht ansonsten in dieser Beziehung gut da.

Wir bekennen uns zu unserer bedarfsgerechten und vielfältigen Trägerlandschaft bei den Kitas und zu unseren Tagesmüttern. Die zügige Sanierung und die Ersatzneubauten unserer kommunalen Kitas sind uns wichtig. Wir möchten in spätestens fünf Jahren Schüler, Eltern und Lehrer zur Einweihung des neuen Humboldt-gymnasiums einladen. Wir kämpfen für feste Stellen in der Schulsozialarbeit.

An dieser Stelle sei positiv der Schulneubau und die Entwicklung erwähnt. Ein kostenloser öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gehört jedoch unabdingbar zur Attraktivität einer Stadt dazu. In diesem Zuge mit der Entwicklung eines kostenlosen ÖPNV sollte die autofreie Innenstadt ausgeweitet und durchgesetzt werden.

Wir sollten als Stadt darum bemüht sein, die bestehenden Einrichtungen aufrecht zu erhalten und die Angebote dort zu verbessern. Ein langfristige Sicherung der Stellen dort ist wichtiger, als auf Krampf neue Einrichtungen zu schaffen.

Für Kinder und Jugendliche muss mehr getan werden. Die Jugendfreizeiteinrichtungen, die Jugendarbeit und die Vereine leisten hervorragende Arbeit, deren Förderung auf jeden Fall ausgeweitet werden muss. Kleinere und neue Initiativen, die sich der kreativen, ökologisch-sozialen, sportlichen oder musikalischen Freizeitgestaltung widmen, sollten unterstützt, beraten und personell, räumlich sowie sachlich gefördert werden.

Die fehlende Aufmerksamkeit der Politiker in Greifswald für die Anliegen der jungen Generation stellen ein großes Problem dar, in dieser Problematik muss mehr Engagement von der Stadt geleistet werden. Eine wichtige Maßnahme bildet die Verbesserung der Situation der Jugendclubs, die nicht nur eine finanzielle Aufwertung erfahren, sondern auch verstärkt in kulturelle Projekte wie Feste mit einbezogen werden sollen.

Auch die mit dieser Frage implizierte Behauptung ist falsch. Freizeittreffs für Jugendliche wurden in der Vergangenheit nicht vermindert. Das Freizeitverhalten von Jugendlichen hat sich vielmehr verändert. Hier sind vor allem Vereine im sportlichen und kulturellen Bereich gefragt, die es zu unterstützen gilt. Das hohe ehrenamtliche Engagement der Greifswalder Bürger muss besser gewürdigt werden.

Wir unterstützen den neuen Kinder- und Jugendbeirat und sind gespannt auf seine Ideen und Vorschläge. Für den Beirat und die Kinderbeauftragte soll ein festes Budget im Haushalt zur Verfügung stehen.

Das sehen wir durchaus als ein Problem an. Das Engagement der Stadt könnte im Bereich der geschlechtsspezifischen Angebote für Jugendliche ausgeweitet werden, ein Bauspielplatz sollte auch ermöglicht werden. Ein freies Budget, dessen Höhe verhandelt werden müsste, für die Jugendeinrichtungen Klex, Schwalbe und Takt könnte gerade in diesem Bereich Kreativität freisetzen.

Damit Vereine ihrem Betrieb nachgehen können, brauchen Sie ihre Plätze und Hallenkapazitäten. Wir müssen in die Modernisierung städtischer Sportflächen investieren und die eine oder andere Halle neu bauen. Eine wettbewerbsfähige Sport-schwimmhalle mit 50 Meter-Bahn würde Greifswald gut zu Gesicht stehen.

Die meisten der über 30 Sportstätten Greifswalds benötigen dringend Sanierungsmaßnahmen. Die Stadt muss verstärkt bei der Einwerbung von Fördermitteln für u.a. diese Maßnahmen helfen und auch bei den Eigenmitteln der Vereine einspringen. Der Ausbau des Geländes am Philipp-Müller-Stadion zu einer großen Sport- und Freizeitanlage ist ein ehrgeiziges Projekt, das grundsätzlich unterstützenswert ist.

Die Förderung des Vereinswesens ist enorm wichtig für die Kultur der Stadt Greifswald. Aus diesem Grund sollen zentrale Anlaufstellen und Messen geschaffen werden, um die Vereinsarbeit präsenter in der Öffentlichkeit zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass mindestens 5% des Stadthaushalts für Projekte verschiedener Vereine ausgegeben werden sollen, um das ehrenamtliche Engagement angemessen zu würdigen.

Nein, wir benötigen keine neue Schwimmhalle. Es war ein großer Fehler und Nachteil für die Stadt, dass die Sportwissenschaften an der Universität abgeschafft wurden. Dies sollte langfristig versucht werden zu korrigieren. In die Sportstätten, insbesondere ins Volksstadion, sollte besser investiert und dies nicht den bereits überlasteten Vereinen mit ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern überlassen werden.

Wir unterstützen die Großprojekte unserer Sportvereine (Philipp-Müller-Stadion und Wassersportzentrum Südmole) mit langfristigen Pachtverträgen und bei der Einwerbung von Fördermitteln. Das Freizeitbad ist notwendig für den Schwimmunterricht und den Sport. Sollte ein Ersatzneubau notwendig sein, muss dieser solide vorbereitet werden.

Eine neue Schwimmhalle ist nicht das vordringlichste Problem, sondern bezahlbare Preise für alle bei den bereits bestehenden Angeboten. Sportförderung bedeutet für uns vor allem die Förderung des Breitensports sowie den Zugang zu Sportanlagen für Nischensportarten zu ermöglichen. Wir würden auf eine bessere Kooperation von Hochschulsport und Vereinen in der Stadt drängen.

Die Hobbygärtner sind gut repräsentiert in der Greifswalder Kommunalpolitik. Der Wohnraumangel wird uns früher oder später aber auch zu neuen Entwicklungskonzepten der Kleingartenanlagen zwingen.

Pachterhöhungen lehnen wir ab. Die Stadt soll die Kleingartenvereine finanziell unterstützen, damit Verkehrssicherungspflichten, Sanierungsvorhaben, Grünschnittentsorgung gewährleistet werden können, das Vereinsleben aufblüht und ein wichtiger Beitrag zur Eigenversorgung, Artenvielfalt und Erholung geleistet werden kann. Gemeinschaftsgartenprojekte und Solidarische Landwirtschaft benötigen die Unterstützung der Stadt.

Wir setzen uns für die Erhaltung der Kleingartenkultur in unserer Hansestadt ein, da sie einen wichtigen Teil der Freizeitgestaltung darstellen und zur öffentlichen Gemeinschaft beitragen. Die Stadt Greifswald soll sich stärker für die Kleingärten einsetzen, da sie eine angenehme Wirkung auf das Stadtklima besitzen, indem sie als grüne Inseln einen Ort der Erholung bieten.

Die von der Stadtverwaltung ursprünglich vorgesehene deutliche Erhöhung der Pachten für Kleingärtner konnte durch unsere Mitwirkung erfolgreich verhindert werden. Die Kleingärten sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt und müssen weiter tatkräftig unterstützt werden. Auf unnötige Auflagen und Restriktionen muss soweit als möglich verzichtet werden, wofür wir uns weiterhin einsetzen werden.

Wir stehen für die Sicherung aller Kleingartensparten in Greifswald und sind gegen eine Umwidmung in andere Nutzungsformen. Die AG Kleingärten soll ihre Arbeit konstruktiv fortsetzen.

Ja.